

Parolen zur Abstimmung vom 9. Februar 2020

Eidgenössische Vorlagen

1. Volksinitiative „Mehr bezahlbare Wohnungen“ **NEIN**

Die FDP.Die Liberalen Aargau sagen klar „NEIN“ zur Initiative vom Mieterverband und zu Planwirtschaft. Mit der geforderten Einführung einer Quote für gemeinnützige Wohnungen, eines wirtschaftsschädlichen Vorkaufsrechts und der indirekten Förderung von umweltschädlichen Teil-sanierungen wird die Situation auf dem Wohnungsmarkt nicht verbessert, sondern eher verschlechtert. Wohnungen in gewissen Regionen, die heute schon kaum erschwinglich sind, würden etwa für Familien komplett unbezahlbar werden. Bei einer Ablehnung der Volksinitiative tritt automatisch der Gegenvorschlag in Kraft, der die bewährte Förderung von gemeinnützigem Wohnraum („Fonds de Roulemont“) mit zusätzlichen Mitteln stärkt.

2. Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung) **JA**

Heute schützt das Strafrecht die Menschen in der Schweiz vor Diskriminierung wegen der Rasse, der Religion und der Ethnie. Mit der Erweiterung der Anti-Rassismus-Strafnorm auf den Bereich der sexuellen Orientierung wird eine Gesetzeslücke geschlossen. Wer deswegen öffentlich zu Hass aufruft, soll ebenfalls bestraft werden. Die FDP.Die Liberalen Aargau unterstützen die Gesetzesänderung, denn sie stärkt den Schutz von Minderheiten vor Diskriminierung. Die Meinungsfreiheit bleibt dabei gewahrt: Es ist weiterhin möglich, kritische Meinungen zu äussern und sachliche öffentliche Diskussionen und Debatten zu führen.

Kantonale Vorlage

3. Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KBüG); Änderung vom 7. Mai 2019 **JA**

Die FDP.Die Liberalen Aargau sagen „JA“ zur Revision des Bürgerrechtsgesetzes. Mit der Vorlage wird die Pflicht zur Absolvierung einer Prüfung zu den staatsbürgerlichen Kenntnissen über die Schweiz und den Kanton Aargau als Voraussetzung für die Einreichung eines Einbürgerungsgesuchs eingeführt. Zudem wird eine zehnjährige Frist eingeführt, die ehemalige Sozialhilfebezüger abwarten müssen, bis sie ein Einbürgerungsgesuch stellen können.

Unterstützen Sie unsere liberale Ortspartei. Werden Sie Mitglied!